

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	14
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	18
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	26
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	32
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	33

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Äthiopien

Bis zum Ende des Kalten Krieges war die Sowjetunion der mit Abstand bedeutendste Rüstungslieferant für Äthiopien, Russland ist es bis heute. Darüber hinaus hat Äthiopien die militärische Kooperation mit China intensiviert. Die deutschen Rüstungsexporte nach Äthiopien sind hingegen marginal. Lieferungen umfassen vorrangig Revolver und Pistolen, Kommunikationsausrüstung und Schutzbekleidung sowie Geländewagen mit Sonderenschutz für Botschaftspersonal.

Zwar verfügt Äthiopien über eine lokale Rüstungsindustrie, die unter anderem Munition für Mörsergranaten, Panzerfäuste sowie verschiedene Kleinwaffen herstellt und sogar über eine Produktionslinie für Panzer verfügt. Dennoch importiert Äthiopien den Großteil seines Bedarfs an Rüstungsgütern aus dem Ausland. Seit einigen Jahren wird das Ziel verfolgt, diese Importabhängigkeit zu verringern.

Die Streitkräfte Äthiopiens gehören zu den stärksten und effektivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Das äthiopische Militär besteht aus Heer und Luftwaffe. Über eine Marine verfügt Äthiopien seit der Staatsgründung Eritreas 1996 nicht mehr, da damals alle Schiffe verkauft wurden. Weitere Sicherheitskräfte bilden die Polizei sowie lokale Regierungsmilizen.

Äthiopiens Militär ist im Staatsgefüge fest verankert. Klassische Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität sowie die Garantie der territorialen Integrität. Im Falle des Notstandes liegt auch der Erhalt der Ordnung im Inneren in seiner Verantwortlichkeit. Das Machtverhältnis zwischen Militär und Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab sich das Militär unter dem damaligen Kaiser Haile Selassie I. weitestgehend unpolitisch, 1974 kam es zum Putsch und der *Derg* (Provisorischer Militärverwaltungsrat) unter Mengistu Haile Mariam übernahm für 17 Jahre die Regierung. Die Strukturen waren durch die engen Verbindungen zur ehemaligen Sowjetunion stark sozialistisch geprägt. Politik und Gesellschaft militarisierten sich zunehmend und die weitreichende Macht der Militärregierung rief einen massiven Widerstand in der Bevölkerung hervor, der sich auch in Form von Guerillakämpfen zeigte. Nach dem Sturz des *Derg*-Regimes im Jahre 1991 übernahm die Koalition der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht. Die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hielt jedoch weiter an. Das Verteidigungsministerium, einige Teilstreitkräfte und Sondertruppen unterstanden lange Zeit Offizier:innen, die bis 1994 der Tigrayan People's Liberation Front (TPLF) angehörten, sowie Offizier:innen des Amhara National Democratic Movement (ANDM) – beides Parteien, die die EPRDF dominierten. Dies ist heute jedoch nicht mehr der Fall.

In einigen Teilen der Gesellschaft ist das Militär sehr schlecht angesehen, dennoch besteht grundsätzlich ein nationaler Stolz bzgl. des Militärs. Neben der Armee bilden in Äthiopien die Militär-, Bundes- und die lokale Polizei sowie lokale Regierungsmilizen den gesamten Sicherheitsapparat. Dabei untersteht die Bundespolizei dem Ministerium für staatliche Angelegenheiten (seit 2018: „Friedensministerium“), das bedeutenden Einfluss auf diese ausübt. In allen 13 Regionen sowie regionsunabhängigen Städten des Landes gibt es staatliche Polizeikräfte bzw. polizeiliche Spezialeinheiten sowie lokale Milizen,

deren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (beispielsweise der Bundespolizei/dem Militär) aber nicht immer koordiniert oder abgestimmt ist.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Das ostafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten, so beispielsweise dem Vertrag über den partiellen atomaren Teststopp (1963), dem Übereinkommen über Streumunition (2010) und dem 2014 international verabschiedeten Waffenhandelsabkommen (ATT).

Die Verfassung garantiert formal die Menschenrechte, faktisch sind diese jedoch stark eingeschränkt. Auffallend sind insbesondere die Unterdrückung der Meinungs- sowie die Einschränkung der Pressefreiheit. Im Jahr 2013 war Äthiopien nach Eritrea das Land mit der höchsten Anzahl an inhaftierten Journalist:innen auf dem afrikanischen Kontinent. Seit 2018 wurden diese jedoch freigelassen und können unter der neuen Regierung frei und ungestört arbeiten.

Zu den großen internen Konflikten gehören die Auseinandersetzungen mit den militanten Befreiungsbewegungen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region sowie der Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia, die beide von der Regierung im Jahr 2011 als terroristische Organisationen eingestuft wurden. Die OLF wurde mittlerweile jedoch formell aufgelöst und in eine politische Partei umgewandelt – einigen Mitgliedern wurde eine Generalamnestie gewährt. Splittergruppen agieren jedoch nach wie vor, vor allem im Süd-Westen des Landes. Zudem fürchtet Äthiopien aufgrund zahlreicher Aktivitäten terroristischer Islamist:innen in Somalia ein Übergreifen des Terrors auf das eigene Land. Dabei ging die Angst des Staates vor Terrorismus zeitweise mit einer Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung im eigenen Land einher, die starke soziale Spannungen produzierte. Mittlerweile hat sich diese Befürchtung jedoch normalisiert; derzeit besteht fast die Hälfte des Kabinetts aus muslimischen Personen.

Weitere Konfliktpotentiale stellen die häufigen Dürren, das Missmanagement vorhandener Ressourcen sowie die ethnischen Spannungen in Benishangul-Gumez zwischen Bensi und Amhara dar. Die politische Situation am Horn von Afrika ist seit Jahren von Krieg und Konflikt gekennzeichnet. Dabei sind insbesondere die Sicherheitslage in Somalia sowie die politischen Entwicklungen im Sudan und Südsudan sowie die angespannten Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea entscheidende Ursachen, wobei sich die Beziehung beider letztgenannten Länder in den letzten Jahren entscheidend verbessert hat. Äthiopien gilt aufgrund seiner strategisch wichtigen Lage als Sicherheitspartner der USA, der EU und Großbritanniens sowie als Bollwerk und Schlüsselakteur im Kampf gegen den regionalen und internationalen Terrorismus.

Derzeit herrschen Grenzstreitigkeiten zwischen Sudan und Äthiopien. Ein weiterer Konflikt besteht zwischen den elf Anrainerstaaten des Nilbeckens aufgrund des steigenden Wasser-, Nahrungs-, und Energiebedarfs um Zugang und Aufteilung der Wasservorräte des Flusses, auch im Rahmen der sogenannten Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre.

In Äthiopien befinden sich derzeit keine alliierten Militäreinheiten, allerdings waren seit 2011 einige MQ-9 Reaper Drohnen der US-Armee auf äthiopischen Territorium

stationiert, die Luftschläge gegen al-Qaida nahe Netzwerke in Ostafrika flogen. Anfang 2016 wurden diese Drohnen-Operationen jedoch eingestellt auf Bitte der äthiopischen Regierung. Äthiopien ist dem Antiterrorismusabkommen und der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 bislang nicht beigetreten. Äthiopien verfügt über Gesetze, die die Produktion sowie Ein- und Ausfuhr von Waffen reguliert. Nichtsdestotrotz ist die illegale Verbreitung von Waffen in Äthiopien und den Grenzregionen ein großes Problem.

Äthiopien ist eines der ärmsten Länder der Welt. Seit 2010 konnte es jedoch ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von etwa 9,4 Prozent verzeichnen. Ein rasantes Bevölkerungswachstum, wiederkehrende Dürreperioden, die zunehmende Bodenerosion sowie ein ausgeprägter Ressourcenmangel stellen jedoch ständige Belastungsfaktoren für die äthiopische Wirtschaft dar. Bis 2020 setzte die Regierung die Phase II des „Growth and Transformation Plan“ um, welcher vor allem die Infrastruktur stärken sollte. Bis 2030 gilt ein neuer 10-Jahresplan, der das enorme Wachstum erhalten, gleichzeitig aber verstärkt auf den Privatsektor zielen soll. Das Ziel: Bis Mitte der 2020er Jahre soll Äthiopien ein „Lower-middle income country“ werden.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2020 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd- und Sportwaffen: 90,2%	0,003
2001	Revolver und Pistolen	0,003
2002	Revolver und Pistolen	0,002
2004	Munition für Revolver und Pistolen	0,003
2006	Kommunikationsausrüstung	0,2
2007	---	---
2009	Splitterschutzschürzen: 100%	0,08
2011	Schutzbekleidung für das Räumen von Minen [Minenräumaktion]: 100%	0,42
2012	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 98,8%	0,17
2013	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,2
2014	---	---
2015	LKW, Feldküchenanhänger und Teile für LKW: 98%	0,074
2016	---	---
2017	---	---
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]:	0,21
2019	Geländefahrzeuge mit Sonderschutz: 68,5% Störsender: 31,5%	0,73
2020	LKW: 96,8%	0,047

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2020

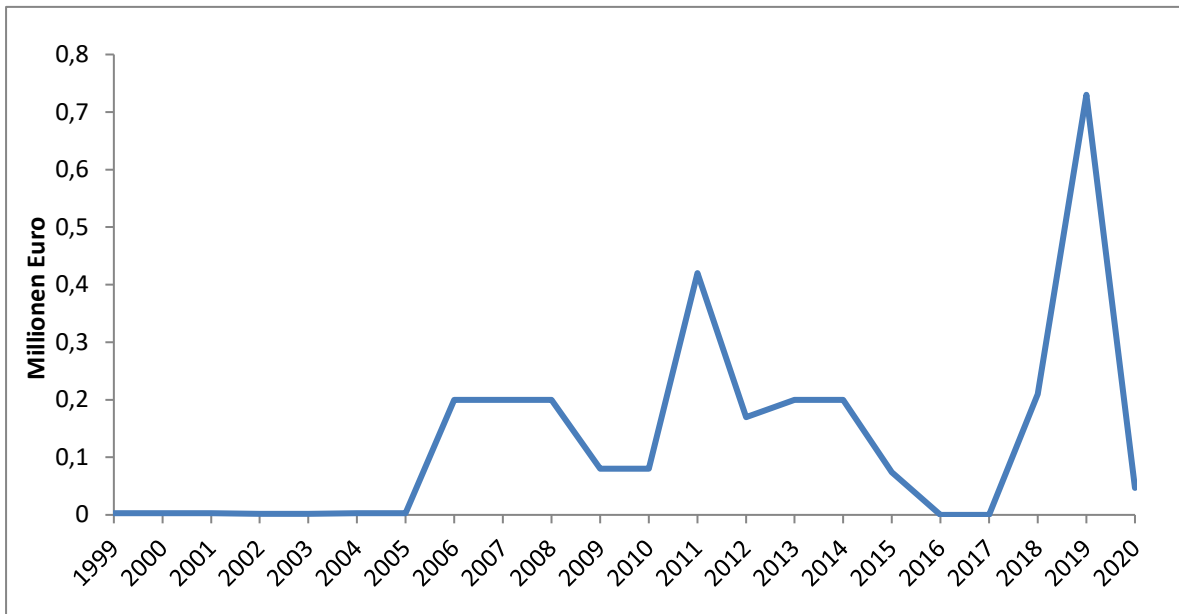


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Äthiopien 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
6	G-120 TP	Übungsflugzeuge	2019	2019	6	

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist kein bedeutender Rüstungsexporteur nach Äthiopien. In den 1970er Jahren lieferte die Bundesrepublik einige Rüstungsgüter dorthin, beispielsweise eine Cessna-337 (1971) und zwei Do-28D Leichttransportflugzeuge (1975). Die DDR exportierte einige Jahre später vermutlich 60 T-54 (1979/80) sowie 50 T-55 Panzer (1989). Seit Ende der 1990er konzentrieren sich deutsche Rüstungsexporte nach Äthiopien vorrangig auf Revolver und Pistolen, Kommunikationsausrüstung und Schutzbekleidung. In den Jahren 2012, 2013 und zuletzt 2018 erhielt die deutsche Botschaft dort Geländewagen mit Sonderschutz. 2019 lieferte die Bundesregierung sechs Trainingsflugzeuge vom Typ G-120 TP zur militärischen Aus- und -weiterbildung von Pilot:innen an Äthiopien.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Großwaffensysteme nach Äthiopien 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	51	12	74	24	7	169

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

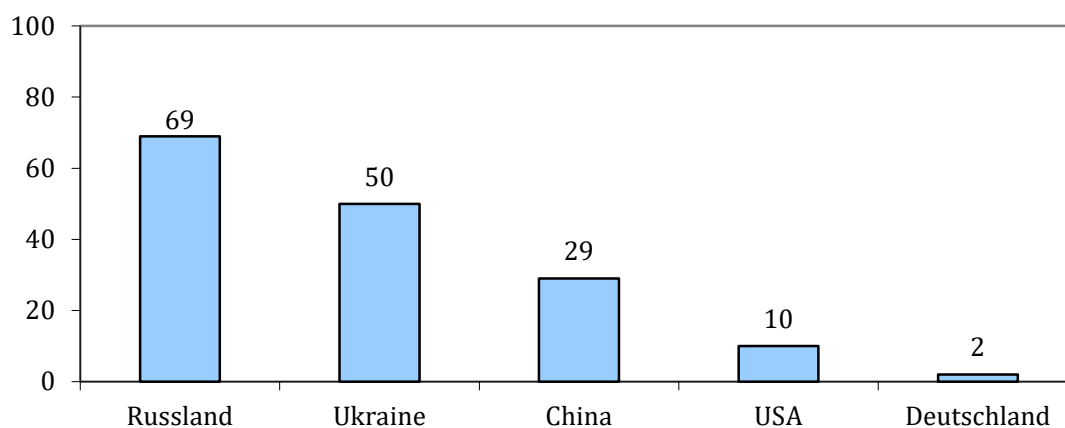
Deutsche Großwaffensysteme nach Äthiopien 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	-	-	2	-	-	2

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten der Großwaffensysteme 2017-2021, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Äthiopien im Zeitraum zwischen 2017 und 2021 die 67. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Bis zum Ende des

Kalten Krieges war die Sowjetunion der mit Abstand bedeutendste Rüstungslieferant. Aus dieser Zeit stammen u. a. MiG-17/21/23 Kampfflugzeuge, Mi-24/Mi-6T/8T (Kampf-) Hubschrauber sowie hunderte Panzer vom Typ T-34/85, T-54, T-55 sowie T-62. An dieser Rolle hat sich bisweilen wenig geändert: Dem UN-Waffenregister zufolge lieferte Russland zwischen 1998 und 2004 21 Su-27, 2003/2004 vermutlich weitere acht Jagdflugzeuge dieses Typs und zehn Mi-24 Kampfhubschrauber sowie 2010 weitere acht Mi-8/Mi-17 (Kampf-) Hubschrauber. Zwischen 2018 und 2019 exportierte Russland außerdem vier mobile Luftabwehrsysteme (96K9 Pantsyr-S1) sowie 100 entsprechende Boden-Luft-Raketen nach Äthiopien, welche zur Sicherung der Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre (GERD) eingesetzt werden. Äthiopien sucht zudem verstärkt die militärische Kooperation mit der VR China, die seit 2009 ebenfalls zu einem wichtigen Lieferanten wurde. 2012/2013 soll Äthiopien verschiedene Rüstungsgüter aus China erhalten haben, darunter u. a. zehn Schützenpanzer WZ-523 (Typ 05), zehn Truppentransporter YW 531 (Typ 85) sowie 75 BVR-Luft-Luft-Raketen. Zwischen 2018 und 2020 wurden zudem acht Mehrfachabschuss-Raketensysteme (vier selbstfahrende PHL-03 und vier A-200) und zehn Boden-Boden-Raketen des Typs BP-12A aus China geliefert.

Wichtiger Lieferant ist auch die Ukraine. Sie lieferte bspw. 143 modernisierten T-72B Panzern im Wert von über 100 Mio. US-Dollar zwischen 2011 und 2015 nach Äthiopien. Zwischen 2016 und 2017 wurden zudem acht Luftsuch-Radare (ST-68) geliefert.

Zwischen 2013 und 2017 hat Israel außerdem 75 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Thunder nach Äthiopien geliefert. Deutschland hat 2019 sechs Übungsflugzeuge vom Typ G-120TP und die USA 2018 ein gebrauchtes C-130E (Hercules) Transportflugzeug nach Äthiopien exportiert.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

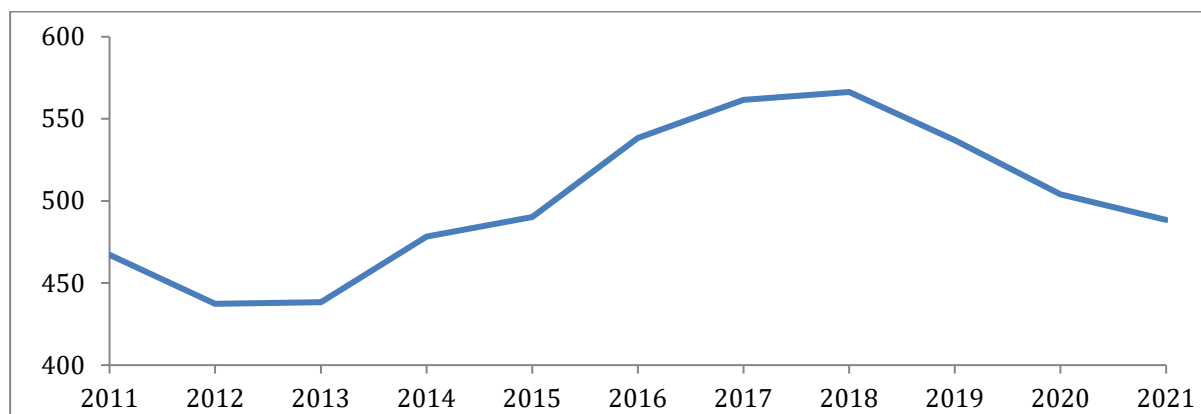
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	562	566	537	504	488
Anteil am BIP (in Prozent)	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	3,8	4,0	3,8	3,6	3,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

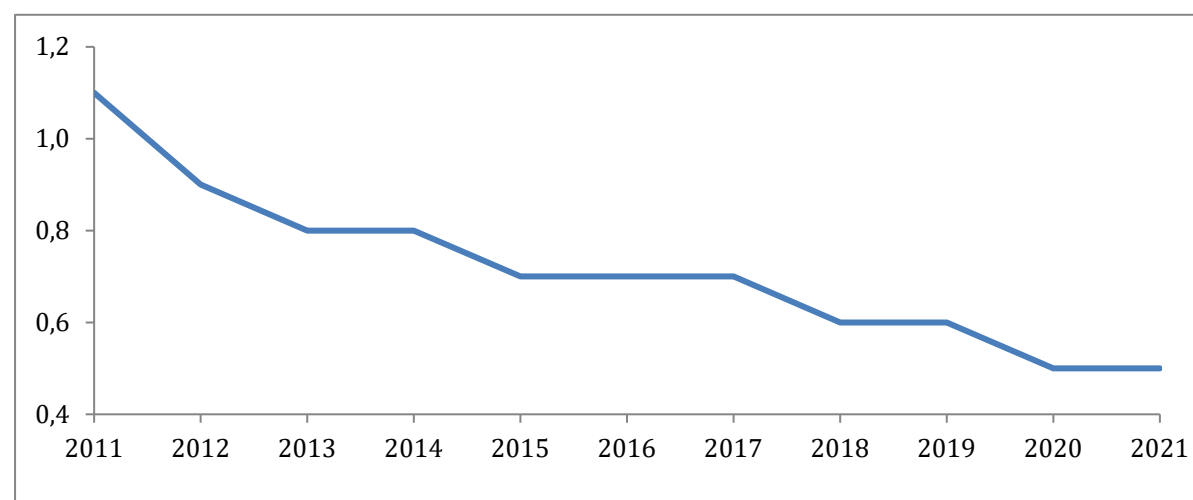


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Äthiopien importiert den Großteil seines Bedarfs an Rüstungsgütern aus dem Ausland. Trotzdem verfügt das Land schon seit dem frühen 20. Jahrhundert auch über eine lokale Rüstungsindustrie, die Munition für Mörsergranaten, Panzerfäuste sowie verschiedene Kleinwaffen herstellt. Seit einigen Jahren werden zudem leichte gepanzerte Fahrzeuge in

Lizenz produziert. Insbesondere während der Militärjunta des Derg Regimes (1974 bis ca. 1990) wurde die Rüstungsindustrie massiv durch die Sowjetunion und teilweise auch durch Nordkorea unterstützt. Nach dem Fall des Derg-Regimes 1987 wurden die äthiopischen Streitkräfte als Äthiopische Nationalverteidigungskräfte (Ethiopian National Defence Force, ENDF) neu gegründet. Sie traten das Erbe einer großen, aber äußerst ineffizienten Rüstungsindustrie an, die um die Jahrtausendwende aus acht Militärfabriken bestand, die Waffen und Fahrzeuge generalüberholen, Flugzeuge reparieren, Uniformen und andere Ausstattung herstellen sowie unbemannte Fahrzeuge bauen konnte. Im Jahr 2009 erklärte der damalige Premierminister Meles Zenawi, die Waffenproduktion im eigenen Land fördern zu wollen, um unabhängiger von Rüstungsimporten zu werden und auf diese Weise die Verteidigungsausgaben zu senken. Zuvor dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt, wurde der Sektor 2010 durch die Verordnung Nr. 183/2002 des äthiopischen Ministerrates als „Metals and Engineering Corporation“ (MetEC) in ein öffentliches Industrieunternehmen in Regierungsbesitz umgewandelt. MetEC umfasst mittlerweile circa 98 Unternehmen, von denen zwei Militärausrüstung produzieren. Dutzende weitere der Unternehmen produzieren für den zivilen Markt. Es hat zum Ziel, industrielle Entwicklung zu erreichen. Obwohl eines der Ziele dieser Umstrukturierung die Realisierung des Growth and Transformation Plans (GTP) war, liegt die faktische Kontrolle weiterhin überwiegend beim Verteidigungsministerium. Die inländische Produktion von unbemannten Fahrzeugen, der Bereich militärischer Telemedizin sowie die Entwicklung von Informationssicherheit haben sich als besonders fortschrittlich erwiesen. Im Februar 2013 wurde bekannt, dass Äthiopien erstmals eine Drohne produzierte, überwiegend für Überwachungszwecke.

MetEC ist zudem in der Lage, eine Vielzahl von Waffensystemen wie Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfflugzeuge oder Hubschrauber zu modernisieren. Die Regierung verfolgt das Ziel, die Rüstungsindustrie in die gesamtstaatliche wirtschaftliche Entwicklung zu integrieren. Das zur MetEC gehörende Unternehmen Hibret Machine Tools produziert beispielsweise neben einzelnen Waffen auch Werkzeuge, Krankenhausbetten und Büromöbel. Berichte gehen davon aus, dass durch den Zusammenschluss der Unternehmen nicht nur wirtschaftliches Entwicklungspotenzial, sondern auch 20.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. In der Zukunft soll nicht nur der heimische, sondern auch der gesamtafrikanische Markt versorgt werden. 2018 wurden jedoch zahlreiche Beschäftigte von MetEC wegen des Vorwurfs der Korruption verhaftet. Ferner wurden MetEC einige Aufträge entzogen, was mindestens zu einem Verlust von 3.000 Arbeitsplätzen bei MetEC geführt hat.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

138.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 135.000

Luftwaffe: 3.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	138	138	138	138	138	138	138	138	138
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Das äthiopische Militär besteht aus Heer und Luftwaffe. Über eine Marine verfügt Äthiopien seit der Staatsgründung Eritreas 1996 nicht mehr, da damals alle Schiffe verkauft wurden. Die Streitkräfte des Landes gehören zu den stärksten und effektivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Die 1987 neu gegründeten Äthiopischen Nationalverteidigungskräfte durchliefen seither zwei umfangreiche DDR-Programme (1992-1995 und 2001-2003), die die Entwaffnung, Demobilisation und Reintegration zahlreicher früherer Kämpfer:innen zur Folge hatten. Zwischen 1991 und 1998 sank der personelle Umfang des Heeres von 500.000 auf 60.000. Durch den Krieg mit Eritrea zwischen 1998 und 2000 stieg die Anzahl der Soldat:innen jedoch wieder auf 352.500. Nach dem zweiten DDR-Programm umfasst die Armee seit 2007 138.000 aktive Soldat:innen. Derzeit gibt es jedoch Bestrebungen, die Personalzahlen zu erhöhen.

Die USA unterstützen die Streitkräfte bei der Ausbildung und beim Ausbildungsmanagement, insbesondere für Friedensmissionen, Antiterroroperationen und die medizinische Versorgung. Aufgrund zahlreicher Konflikte in der Region verfügen Heer und Luftwaffe über viel Kampferfahrung, sodass sie einen wichtigen Beitrag zu den UN-Missionen in Darfur (UNIFSA) und im Südsudan (UNMISS) leisten. Seit Januar 2014 beteiligt sich Äthiopien (erneut) mit rund 4.000 Soldat:innen im Rahmen der AU-Mission AMISOM in Somalia. Ausbildung und Beratung erhält Äthiopien neben den USA, zu denen es enge Beziehungen pflegt, auch aus China und Israel. Insgesamt verfügt das äthiopische Militär

über ausreichende Kapazitäten, um die Sicherheit am Horn von Afrika und auch auf dem gesamten afrikanischen Kontinent aktiv mitzugestalten. Ihre Schlagkraft haben die Streitkräfte mehrfach in Somalia im Kampf gegen die Union islamischer Gerichte (UIC) unter Beweis gestellt. Seit Ende 2020 befinden sich die äthiopischen Streitkräfte, gemeinsam mit den Streitkräften Eritreas im bewaffneten Konflikt mit Streitkräften der Region Tigray, welche aus Spezialkräften der Regionalregierung, desertierten Soldat:innen der äthiopischen Armee und lokalen Milizen bestehen. Hierbei wurden von allen Seiten – besonders aber von den äthiopischen und den eritreischen Streitkräften – Kriegsverbrechen begangen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	370	Etwa 180 T-55/T-62 und 190 T-72B/UA1
Aufklärer	100	
Schützenpanzer	20	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 375	
Bergepanzer	3	
Artillerie	Mehr als 450	
Panzerabwehr	Einige	RS-AT-3 Sagger; RS-AT-4 Spigot; RS-AT-14 Spriggan
Luftabwehr	Einige	RS-SA-2 Guideline; RS-SA-3 Goa; RS-SA-7 Grail, RS-SA-16 Gimlet, RS-SA-22 Greyhound

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Das Heer umfasst 135.000 aktive Soldat:innen. Rund die Hälfte der äthiopischen Landstreitkräfte war lange Zeit an der Grenze zu Eritrea stationiert und weitere fünf bis acht Prozent in Somalia, während die übrigen Soldat:innen in UN-Missionen oder inneren Operationen eingesetzt wurden. Seit der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und dem Ausbruch des bewaffneten Konfliktes zwischen der Volksbefreiungsfront Tygray (TPLF) und der Zentralregierung sind die äthiopischen Soldat:innen überwiegend mit der Aufstandsbekämpfung beschäftigt.

Äthiopien erweiterte seine Waffenbestände insbesondere im Krieg mit Eritrea (1998-2000), vor allem um T-55 Kampfpanzer sowie Artillerieausstattung, wie BM-21 122m Geschosswerfer und 122 mm D-30 Haubitzen. Gegenwärtig verfügt das äthiopische Heer

über hunderte schwere Kampfpanzer. Hierbei handelt es sich zum Teil um modernisierte Panzer, unter anderem um im Jahr 2012 gelieferte ukrainische T-72. Dieses Geschäft erfolgte im Rahmen eines Einkaufs in Höhe von 100 Mio. US-Dollar, als zwischen 2011 und 2013 200 T-72B Panzer aus der Ukraine erworben wurden. 2016 hat Äthiopien außerdem aus Frankreich 12 von den USA finanzierte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Bastion erhalten, zwischen 2013 und 2017 75 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Thunder aus Israel. Auch moderne Luftabwehrsysteme sowie bewaffnete Drohnen gehören mittlerweile zum Inventar. Verluste von Stützpunkten des Nordkommandos führten in jüngerer Vergangenheit jedoch auch zu einem Verlust von militärischem Equipment.

Tabelle 8
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	11	8 Su-27 Flanker, 3 Su-27UB Flanker
Abfangjäger	Mehr als 6	MiG-23BN/UB Flogger H/C
Erdkampfflugzeuge	3	1 Su-25T Frogfoot, 2 Su-25UB Frogfoot
Transportflugzeuge	14	
Ausbildungsflugzeuge	24	12 G 120TP, 12 L-39 Albatros
Kampfhubschrauber	18	15 Mi-24 Hind, 3 Mi-35 Hind
Mehrzweckhubschrauber	19	
Drohnen	Einige	Wing Loong I, Mohajer 6, Bayraktar TB2
Raketen	Einige	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die äthiopische Luftwaffe verfügt größtenteils über eine weitestgehend intakte und relativ neue Ausstattung, die sowohl im Inland als auch im Ausland einsatzfähig ist. Allerdings sind in der Vergangenheit einige Flugzeugunglücke äthiopischer Militärmaschinen registriert worden, so bspw. im August 2013 am Flughafen von Mogadishu, als eine veraltete Antonov An-24 abstürzte. Der Bestand der Luftwaffe stammt teilweise auch aus Zeiten der Sowjetunion und seit 1990 aus ukrainischer und russischer Produktion, so zum Beispiel auch die zur Zeit des Grenzkrieges mit Eritrea zwischen 1998 und 2002 angeschafften, damals modernen, Kampfflugzeuge und gerüsteten Hubschrauber.

Äthiopiens Luftwaffe verfügt vor allem über in der Sowjetunion entwickelte Maschinen wie die MiG-21, die Su-27 oder Hubschrauber der Firma Mil, beispielsweise die Mi-8 oder

Mi-24. Hinzu kommt auf dem Papier eine beachtliche Zahl an Jagd-, Abfang-, Transport- und Ausbildungsflugzeugen sowie mehrere Dutzend Helikopter. Möglicherweise wird der Bestand künftig um einige Su-30 (MK/K) Flugzeuge ergänzt, an denen Äthiopien Interesse geäußert hat. Auch China scheint ein möglicher Zulieferer der Luftwaffe werden zu können: In Zukunft könnte die alternde Flotte der L-39C Albatros Maschinen durch chinesische Hongdu K-8 Leichtflugzeuge ersetzt werden. Die Leistungsfähigkeit der Mi-24 Hubschrauber ist nicht bekannt, spekuliert wird allerdings über den Austausch mit Harbin Z-9W Hubschraubern. 2019 hat Deutschland sechs G-120TP Ausbildungsflugzeuge nach Äthiopien exportiert, die sich allesamt im Einsatz der äthiopischen Luftwaffe befinden. Die USA haben der Luftwaffe Äthiopiens 2014 sowie 2018 jeweils ein gebrauchtes C-130E Transportflugzeug geschenkt. In den vergangenen Jahren hat die britische Royal Air Force die Auswahl und Ausbildung von Pilot:innen unterstützt. Die äthiopische Luftwaffe selbst trainiert auch Pilot:innen aus anderen Staaten für Kampfflugzeuge, Helikopter und Passagierflugzeuge.

Box 2

Peacekeeping

Mali (MINUSMA): 1 Soldat:in

Somalia (AMISOM): 4.000 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 1.523 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 3.306 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Äthiopien war 2021 der zweitgrößte Truppensteller für die UN-Friedensmissionen im Südsudan (UNMISS) und im Sudan (UNAMID/UNISFA). Die UNAMID-Mission wurde 2021 jedoch beendet. Derzeit ist das Land aber auch an militärischen Operationen in Somalia beteiligt, so etwa seit Januar 2014 mit aktuell 4.000 Soldat:innen an der AU-Mission AMISOM. An der UN-Friedensmission in Mali ist ein:e äthiopische:r Soldat:in beteiligt.

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Äthiopiens Militär ist im Staatsgefüge fest verankert. Klassische Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität sowie die Garantie der territorialen Integrität. Im Falle des Notstandes liegt auch der Erhalt der Ordnung im Inneren in der Verantwortlichkeit der Streitkräfte. Das Machtverhältnis zwischen Militär und Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach gewandelt: Nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1974 gab sich das Militär unter dem damaligen Kaiser Haile Selassie I. weitestgehend unpolitisch; allerdings begannen sich die Streitkräfte schon ab Ende der 1960er Jahre zusehends zu radikalisieren. 1974 kam es zum Putsch und der Derg (Provisorischer Militärverwaltungsrat) unter Mengistu Haile Mariam übernahm für 17 Jahre die Regierung. Die weitreichende Macht der Militärregierung rief einen massiven Widerstand in der Bevölkerung hervor, der sich auch in Form von Guerillakämpfen zeigte. Die Hierarchie des Militärs spiegelte die

Zusammensetzung der Gesellschaft wider: Angehörige der politischen Elite stellten hauptsächlich die Offizier:innen, während große Teile der Mannschaftsdienstgrade aus den armen Bevölkerungsschichten rekrutiert wurden. Die Bevölkerung Äthiopiens war in dieser Zeit zahlreichen politischen motivierten Übergriffen ausgesetzt. Die Phase des „Red Terrors“ (auch: Qey Shibir) zwischen 1977 und 1978, während der hunderttausende Menschen durch die kommunistische Militärdiktatur Derg unter Mengistu Haile Mariams gefoltert und ermordet wurden, stellte ein einschneidendes Erlebnis für die Gesellschaft dar.

Nach dem Sturz des Derg-Regimes im Jahre 1991 übernahm die Koalition der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht. Die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hielt jedoch weiter an. So löste die EPRDF Armee und Sicherheitskräfte zunächst auf, um die Streitkräfte neu zu formieren. Die so entstandenen äthiopischen Streitkräfte (ENDF) sind zwar in weiten Teilen eine multiethnische Truppe. Über 90 Prozent aller Offizier:innen sind jedoch TPLF-Mitglieder und entstammen dem Volk der Tigray, das jedoch nur etwa sechs Prozent der gesamten Bevölkerung ausmacht. Zuletzt wurde jedoch eine ausgeglichene Verteilung angestrebt. Die Verfassung verbietet seit 1994 Militärs, einer politischen Partei anzugehören. In der Praxis hat sich diese Bestimmung jedoch nicht durchgesetzt. Meles Zenawi (TPLF) war bis 2012 zugleich Premierminister und Kommandeur der Armee. Nach seinem Tod im gleichen Jahr übernahm mit Hailemariam Desalegn der Führer der Regierungspartei Southern Ethiopian People's Democratic Movement (SEPDM) das Amt des Premiers. Desalegn war der erste Premierminister, der nicht aus dem Militär stammt und dadurch über weniger Rückhalt im Militär und im Sicherheitsrat verfügte. Mit seinem Rücktritt 2018 und der Wahl von Abiy Ahmed zum neuen Premierminister endete die Dominanz der Tigray im Staatsgefüge. Hier wurde bereits befürchtet, dass Amtsinhaber:innen in Militär und Politik mit tigrinischer Abstammung, die nach wie vor die Sicherheits- und Streitkräfte dominierten, diese Entmachtung nicht leichtfertig hinnehmen. Unter anderem als Abiy Ahmeds Regierung die Wahlen in Tigray aus dem September 2020 nicht anerkannte sowie in Folge der verbesserten Beziehung der Regierung zu der eritreischen Regierung, die in Tigray in weiten Teilen Ablehnung erfährt, brachen im November bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen dem äthiopischen Heer und den Streitkräften Tigrays aus. Letztere bestehen u. a. aus Spezialkräften der Regionalregierung, desertierten Soldat:innen der äthiopischen Armee und lokalen Milizen. In dem bewaffneten Konflikt sind von beiden Seiten erhebliche Menschenrechtsverletzungen begangen worden, darunter bspw. außergerichtliche Tötungen.

In einigen Teilen der Gesellschaft ist das Militär sehr schlecht angesehen. Gegen die 1984 gegründete Ogaden National Liberation Front (ONLF), deren Ziel die Abspaltung von Äthiopien ist, führt das Militär seit Jahren einen brutalen Antiterrorkampf, der seit 2007 blutig eskaliert. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Ogaden-Befreiungsfront und der äthiopischen Armee forderten nicht nur Menschenleben, sondern hemmten jede Entwicklung in äthiopischen Somali-Region. Im September 2012 hatten die Regierung und die ONLF kurzzeitig Friedensverhandlungen aufgenommen, um den seit mehreren Jahrzehnten andauernden Konflikt zu beenden. Diese scheiterten jedoch bereits im Oktober 2012. Auch gegen andere politische Oppositionelle geht das Militär mit Gewalt vor.

Im Jahr 2005 kam es zu rund 200 Toten, als das Militär gewaltsam gegen eine Antiregierungsdemonstration vorging. Zahlreiche Oppositionsführer:innen wurden verhaftet

und politische Rechte erheblich eingeschränkt. Verfolgungen, Folter und willkürliche Verhaftungen durch das Militär schüchterten die Bevölkerung ein und halfen die Macht des Regimes zu stabilisieren. Anhaltende Repressionen sind in Äthiopien alltäglich und kommen nicht nur im Vorfeld von Wahlen vor. Der bewaffnete Konflikt in Tigray, in dem das Militär involviert ist, hat jüngst eine humanitäre Katastrophe ausgelöst (siehe hierzu [„Spannungen und innere Konflikte“](#)).

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e9geda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Neben der Armee bilden in Äthiopien die Militär-, Bundes- und die lokale Polizei sowie lokale Regierungsmilizen den Sicherheitsapparat. Dabei untersteht die Bundespolizei dem Ministerium für staatliche Angelegenheiten, das allerdings nur sehr geringe Kontrolle ausübt. In allen 13 Regionen des Landes gibt es staatliche Polizeikräfte bzw. polizeiliche Spezialeinheiten sowie lokale Milizen, deren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren aber nicht immer klar koordiniert ist. Auch hier mangelt es an Kontrolle seitens übergeordneter Institutionen. Äthiopiens Sicherheitskräfte arbeiten in Bezug auf ihre Sicherheitsaufgaben effektiv, bedienen sich allerdings oftmals gewaltsamer, rechtswidriger Methoden. Im Jahr 2021 wurde mit einer neuen Polizei-Doktrin jedoch eine Strategie veröffentlicht, die ihren repressiven Charakter und willkürliche Gewalt vermindern soll. Wie effektiv dieser Ansatz sein wird, bleibt abzuwarten. In Testregionen sind jedoch positive Entwicklungen zu erkennen.

Insbesondere seit Einführung des Antiterrorgesetzes im Jahr 2009 veranlassen die Streitkräfte immer wieder monatelange Haft von Verdächtigen mit der Begründung, die Staatssicherheit sei gefährdet. Die Straffreiheit der Sicherheitskräfte führt zu einer erheblichen Missachtung der Menschenrechte. In Polizeistationen und Gefängnissen kommt es immer wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen in Form von Misshandlungen, Folter und der Verweigerung von Grundbedürfnissen. Die sechs bundesstaatlichen und 120 regionalen Gefängnisse verfügen größtenteils über schlechte sanitäre und medizinische Versorgung. Wasser und Nahrungsmittel werden nur begrenzt verteilt. Unverhältnismäßige Gewalt wird insbesondere gegen Oppositionelle sowie die muslimische Gemeinschaft in Äthiopien angewandt. In den Regionen Oromia und Amhara kamen im Jahr 2013 durch den Einsatz von Polizeiwaffen mehrere Personen ums Leben.

Zusätzlich zu den Sicherheitsdiensten gibt es den äthiopischen Geheimdienst, der 1994/95 als Security, Immigration and Nationality Affairs Authority gegründet und

2006/07 in National Intelligence and Security Service (NISS) umbenannt wurde. Im Juli 2013 gab die Regierung bekannt, den Geheimdienst zum Schutze der äthiopischen Verfassung und Souveränität sowie der nationalen und internationalen Interessen modernisieren und stärken zu wollen. Die Veränderungen erweiterten die Befugnisse des NISS, der so dem:der Premierminister:in unterstellt ist, erheblich. Die Institution soll innerhalb und außerhalb Äthiopiens tätig und insbesondere in Antiterrormaßnahmen eingebunden sein.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Das ostafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten, so beispielsweise dem Vertrag über den partiellen atomaren Teststopp (1963) und dem Übereinkommen über Streumunition (2010). Auch dem 2014 verabschiedeten Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) ist Äthiopien nicht beigetreten. Bisher wurden seitens der Regierung auch keine Bereitschaft signalisiert, diesen Vertrag langfristig zu ratifizieren.

Gegen Äthiopien sind derzeit weder von den Vereinten Nationen noch von der Europäischen Union Sanktionen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 11

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020**

Ethiopia is a federal republic. The Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front, a coalition of four ethnically based parties, controlled the government until December 2019 when the coalition dissolved and was replaced by the Prosperity Party. In the 2015 general elections, the Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front and affiliated parties won all 547 seats in the House of Peoples' Representatives (parliament) to remain in power for a fifth consecutive five-year term. In 2018 former prime minister Hailemariam Desalegn announced his resignation to accelerate political reforms in response to demands from the country's increasingly restive youth. Parliament then selected Abiy Ahmed Ali as prime minister to lead these reforms. [...] Abiy's assumption of office was followed by positive changes in the human rights climate. The government decriminalized political movements that in the past were accused of treason, invited opposition leaders to return and resume political activities, allowed peaceful rallies and demonstrations, enabled the formation and unfettered operation of political parties and media outlets, and carried out legislative reform of repressive laws. The opening of political space has also met with challenges. Reforms are taking place in an environment with weak institutions including in the security sector. Ethnic tensions increased, resulting in significant violence in some cases. Citizen-on-citizen violence caused the majority of human rights abuses. On November 4, fighting between the Ethiopian National Defense Forces and the Tigray People's Liberation Front Regional Security Force resulted in protracted conflict in the northern Tigray Region and reports of serious and widespread abuses. As of the end of the year, there was very limited access to the majority of Tigray, except for the capital Mekele, resulting in a lack of reporting and making it difficult to ascertain the extent of human rights abuses and violations. Significant human rights issues included: unlawful or arbitrary killings by security forces and private entities; forced disappearances by unnamed armed groups; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest and detention; serious abuses in an internal conflict, including killing of civilians; serious restrictions on free expression, the press, and the internet, including harassment of journalists, and blocking of the internet and social media sites; interference with freedom of peaceful assembly and freedom of association; serious acts of corruption; lack of investigation of and accountability for violence against women; crimes involving violence or threats of violence targeting members of racial or ethnic minority groups; and existence or use of laws criminalizing same-sex sexual conduct. The government at times did not take steps to prosecute officials who committed human rights abuses, resulting in impunity for abusers due to a lack of institutional capacity. The government took positive steps toward greater accountability under the Abiy administration to change the relationship between security forces and the public. In June the attorney general's office and the government-affiliated Ethiopian Human Rights Commission investigated Amnesty International's allegations of human rights abuses perpetrated by security forces. The administration also addressed past reported

abuses such as restrictions on freedom of assembly, political prisoners, and interference with privacy. In late August the Ethiopian Human Rights Commission and human rights nongovernmental organizations deployed investigators to 40 sites in Oromia Region to probe ethnic-based killings after the June 29 killing of Oromo singer Hachalu Hundessa. There were human rights abuses by paramilitary groups, rebel forces, and youth groups. The Ethiopian Human Rights Commission's preliminary assessment of the November 9 attack in Mai-Kadra in Tigray concluded that a Tigrayan youth group supported by the Tigray People's Liberation Front Regional Security Force killed approximately 600 persons. Amnesty International reported that the abuses were carried out by police special forces of the Tigray People's Liberation Front Regional Security Force. A local human rights group reported that on June 29 and 30, youth groups attacked the villages of Arsi and Bale Zones in Oromia. The federal police arrested 1,500 regional officials for participation in the violence or failing to prevent the violence following the death of Hachalu Hundessa. The Oromo Liberation Army-Shane, an armed separatist group with factions in western, central, and southern Oromia, killed civilians and government officials.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/ethiopia/>

Box 4

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

Security forces used excessive, and sometimes lethal, force and carried out extrajudicial executions. Hundreds of people were killed and property destroyed in ethnically motivated violence by armed groups and militias. Opposition members and journalists were subjected to arbitrary arrests and detention.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021:
<https://www.amnesty.org/en/countries/africa/ethiopia/>

Box 5

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Äthiopien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 11/60

Politische Rechte: 12/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (23/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

The appointment of Prime Minister Abiy Ahmed, who came to power after Prime Minister Hailemariam Desalegn resigned in the face of mass protests, set off a transitional period in Ethiopia. Abiy pledged to reform Ethiopia's authoritarian state, and has held elections and implemented some

liberalization policies. However, Ethiopia remains beset by political factionalism and intercommunal violence, abuses by security forces and violations of due process are still common, and many restrictive laws remain in force. Since late 2020, fighting between the Federal Government and the Tigray Defense Force (TDF) has led to the displacement of hundreds of thousands and credible allegations of atrocity crimes, and violence has spilled over into neighboring regions.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ethiopia/freedom-world/2022>

Kommentar

Die Verfassung garantiert formal die Menschenrechte. Faktisch waren diese aber unter der ab 1991 regierenden Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) sehr stark eingeschränkt. Seit 2018 durchläuft Äthiopien eine Transition, die mit der Ernennung von Premierminister Abiy Ahmed Ali begann. Abiy Ahmed Ali folgte auf Hailemariam Desalegn, der nach landesweiten Massenprotesten zurückgetreten war.

Unter dem neue Ministerpräsident Abiy Ahmed Ali wurden im April 2018 alle inhaftierten Journalist:innen und Blogger:innen freigelassen, das berüchtigte Foltergefängnis Maekelawi in Addis Abebas geschlossen und das mobile Internet wieder unbeschränkt nutzbar gemacht. Es folgten zudem diverse Gesetzesänderungen, die die Lage in Bezug auf Meinungsfreiheit verbesserten und den Betätigungsraum für Nichtregierungsorganisationen vergrößerten. Dadurch verbesserte sich die Situation in Bezug auf die bürgerlichen Freiheiten etwas. Nichtsdestotrotz wird Äthiopien im Jahr 2020 von Freedom House immer noch als unfrei eingestuft.

Mit den politischen Reformen stiegen jedoch auch die ethnonationalistischen Konkurrenz. Insbesondere die Amhara und Oromo strebten nach Jahren der Dominanz der Tygrai nach mehr Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Im Jahr 2019 erlebte Äthiopien mit der Auflösung der EPRDF, einem Zusammenschluss aus vier ethnoregionalen Parteien, welches Äthiopien seit 1991 autoritär regiert hatte, ein politisches Erdbeben. Abiy Ahmed Ali hatte mit der Auflösung der EPRDF und der Gründung der neuen Prosperity Party (PP) ein politisches Signal senden wollen, dass mit den für 2020 angesetzten Wahlen eine Öffnung in Richtung einer Mehrparteiendemokratie bevorstünde. Tatsächlich heizte die Auflösung der zentralistischen Partei die Konkurrenz und Unabhängigkeitsbestrebungen unter den diversen Ethnien weiter an und führten zu landesweiten gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die für 2020 vorgesehenen Wahlen wurden letztlich aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie im Juni 2021 nachgeholt, was für weitreichende Frustration bei der Opposition sorgte. Daraufhin hielt die von der Tigray People's Liberation Front (TPLF) geführte Regionalregierung der Region Tigray eigenmächtig Wahlen ab, die sie haushoch gewann. Der Konflikt zwischen Zentralregierung unter dem Oromo Abiy Ahmed Ali spitzte sich im Verlauf weiter zu und gipfelte in einer Militäroffensive der Zentralregierung. Seit Beginn der Offensive im November 2020 flohen laut UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) rund 107.000 Menschen aus der Tigray-Region. Innerhalb des letzten Jahres starben im Zuge des Konfliktes nach [ACLEDA Daten](#) 150.000 Menschen. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind derzeit aufgrund des Konfliktes und einer schweren Dürre neun Millionen Menschen in Tigray und den Nachbarprovinzen Afar und Amhara auf Hilfe angewiesen. Blockaden und Plünderungen durch die Konfliktparteien erschweren jedoch den Zugang zu diesen Menschen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Ethiopia has undergone a dramatic change of government since April 2018, under its new Prime Minister Abiy Ahmed. His predecessor, Hailemariam Desalegn, resigned in February 2018, after it became obvious that his government had not found an acceptable answer to the country's many ethnic conflicts and social clashes. Through his resignation, he opened up the space for less repressive and more conciliatory policies. Hailemariam Desalegn failed to accommodate people's grievances (for example, concerning land appropriation) and to address issues of lack of accountability, lack of democratic participation and sociopolitical inequality. The overall situation was one of political stalemate, disorder and distrust. The events in 2017 and 2018 were overshadowed by persistent demonstrations and protests by the people against political repression, perceived inequalities in land allocation and dispossession. Tens of thousands of demonstrators were arrested, and hundreds of people lost their lives to violent repression. With the election of Abiy Ahmed by parliament by a large majority, a 25-year period of Tigrayan dominance ended. Nonetheless, the Tigray – an ethnic minority representing hardly more than 7% of the Ethiopian people – still dominate the security and military forces, and it is not guaranteed that the high officeholders in the administration and army of Tigrayan descent will accept disempowerment quietly. Abiy Ahmed – an Oromo by tribe – studied economics and peace and security studies in Addis Ababa and London. In April 2018, the government lifted the state of emergency, released thousands of political detainees, and implemented a policy to create regional peace with the government of Eritrea. In October 2018, the new prime minister introduced a new cabinet, with Aisha Mohammed as minister of defense. In the future, half of all ministerial posts shall be staffed by women. The number of ministries was reduced from 28 to 20 and a Ministry of Peace was created for the first time. However, the number of ethnic clashes has not diminished because the suddenly declared "policy of national peace and conciliation" did not solve basic social and economic problems, let alone the political question of a fair and democratic division of power among the various nations of the federation. With the legalization of former "terrorist political parties" (like the OLF), new demands for fair land allocation and equal distribution of resources were made public. The government did not intervene appropriately, when cases of local ethnic cleansing shocked the public.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Äthiopien zusammen mit Kolumbien, Guyana, dem Kosovo, Marokko, Nordmazedonien, Suriname, Tansania und Vietnam auf Platz 87 (2020: Platz 94). Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Seinem laut Verfassung demokratischen Charakter wird Äthiopien nur sehr eingeschränkt gerecht. Äthiopien ist ein Bundesstaat mit 10 Verwaltungsregionen sowie zwei unabhängigen Städten, in dem rund 80 ethnische Gruppen beheimatet sind und mehr als 80 Sprachen gesprochen werden. Die größten ethnischen Gruppen stellen die Omoros (32,1 Prozent) und die Amharen (30,1 Prozent) sowie die Tigriner (6,2 Prozent) und Somalis (5,9 Prozent). Die schlechte Menschenrechtslage und innenpolitische Spannungen im Land bergen zahlreiche Konfliktpotenziale. Zu den großen internen Konflikten gehörten die Auseinandersetzungen mit den militanten Befreiungsbewegungen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region sowie der Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia, die beide von der Regierung im Jahr 2011 als terroristische Organisationen eingestuft wurden. Unter Abiy Ahmed Ali setzte ein Versöhnungs- und Amnestie-Prozess ein, in dessen Zuge Ginbot 7, Oromo Liberation Front (OLF) und die Ogaden National Liberation Front (ONLF) von der Liste terroristischer Organisationen genommen wurden. Die OLF hatte sich, nach der gewährten Generalamnestie, formell aufgelöst und zu einer friedlichen politischen Partei transformiert, dennoch agieren weiterhin Splittergruppen vor allem im Süd-Westen des Landes. Dies ermöglichte auch die Rückkehr von Angehörigen dieser Organisation und führte zu erneuten regionalen Spannungen und verstärkten ethnischen Auseinandersetzungen.

Mit der Liberalisierung des politischen Systems und der Auflösung der vormaligen Einheitspartei, der Revolutionäre Demokratische Front der äthiopischen Völker (englisch Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front, EPRDF) im Jahr 2019 verstärkten sich die inneren Konflikte jedoch wieder. Die EPRDF war ein Sammelbündnis regionaler Parteien, die jedoch seit langem durch die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) dominiert wurde. Dennoch besaß sie eine integrierende Wirkung. Mit dem Wegfall dieser verstärkte sich insbesondere der Konflikt zwischen der Zentralregierung unter Premierminister Abiy Ahmed und seiner neu gegründeten Wohlstandspartei (englisch Prosperity Party, PP) und der nun oppositionellen TPSL. Als die auf Juni 2020 terminierten Wahlen auf Grund der Corona-Pandemie auf Mitte 2021 verschoben werden sollten, eskalierte der Konflikt. Die Regionalregierung hielt unabhängige Wahlen ab, die von der TPSL haushoch gewonnen wurden von der Zentralregierung jedoch nicht anerkannt wurden. Daraus entwickelte sich der sog. Tigray Konflikt (s.u.). Aktuell stellt insbesondere der gewaltsame Konflikt in Tigray sowie ethnische Gewalt in Teilen von Benishangul-Gumuz Äthiopien vor große Herausforderungen. Im Zuge dessen wurden bisweilen schwere Menschenrechtsverletzungen von allen Konfliktparteien begangen. Ältere Konflikte stellen jene in der Ogaden bzw. Oromia Region dar.

Tigray Konflikt

Wie eingangs erwähnt, entwickelte sich der Tigray-Konflikt im Zuge des von Premierminister Abiy Ahmed angestoßenen politischen Reformprozess und der Auflösung der ehemaligen Einheitspartei EPRDF. Drei der vier im Bündnis beteiligten Parteien mit Ausnahme der TPLF folgen Premier Abiy in die neu gegründete Wohlstandspartei, was erstere, nach Jahren der politischen Dominanz ins politische Abseits stellte. Die TPLF hielt daher eigenmächtig lokale Wahlen in der Region ab, die die TPLF haushoch gewann. Diese wurde von der Zentralregierung jedoch für illegal erklärt. Als es Anfang November zu Angriffen auf Armeeposten der äthiopischen Streitkräfte kam, wurde die Region unter einen

sechsmonatigen Ausnahmezustand gestellt, die Regionalregierung von Tigray für aufgelöst erklärt und weitere Truppen in die Region entsandt. Über das Jahr 2020 entwickelten sich heftige Gefechte zwischen den regionalen Streitkräften und Polizeikräften Tigrays und den nationalen Streitkräften Äthiopiens. Letztere erhielten Unterstützung von den Streitkräften des benachbarten Eritrea. Über das Jahr 2020 befand sich die Region Tigray quasi im Belagerungszustand, was gravierende Auswirkungen auf die humanitäre Lage in der Region hatte. Am 28. Juni 2021 gelang es den TPLF-Kämpfern die im vormals durch das äthiopische Militär kontrollierte regionale Hauptstadt [Mek'ele](#) zurückzuerobern und eine Offensive auf die Hauptstadt Addis Abeba zu starten. An dieser Offensive beteiligte sich auch die Oromo Liberation Army (OLA). Insgesamt kamen im Zuge des Konfliktes allein im Jahr 2021 ca. 150.000 Menschen ums Leben.

Mangelhaftes Ressourcenmanagement

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Äthiopien wird vermehrt durch wiederkehrende Perioden von Dürre und Hunger gefährdet. Seit einigen Jahren kommt es insbesondere im Norden zwischen Angehörigen der Afar, Oromo, Argobba und Issa-Somalis sowie im Osten zwischen den Ogaden und im Westen zwischen Gambella und Benishangul-Gumuz zu Auseinandersetzungen um Grenzen, Land und Wasser. Dabei ist die Nutzung von vorhandenem Land und Wasser als wenig nachhaltig zu bezeichnen: Landflächen, speziell im Rift Valley und Omo-Delta, werden zunehmend an internationale Investoren verkauft, die die Erträge auf den Export – beispielsweise nach Europa oder auf die arabische Halbinsel – ausrichten; der Umgang mit Wasser ist von einem verheerenden Missmanagement durch Politik und Wirtschaft geprägt. Zwar verfügt Äthiopien über reichliche Wasserressourcen (Lage am Blauen Nil), doch hat nur ein Viertel der ländlichen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gründe hierfür sind zum einen die klimatischen Verhältnisse (Dürren), zum anderen die Politik. So fehlt es unter anderem an einer umfassenden Wasserinfrastruktur und ausreichend Bewässerungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft. Auf diese Weise wird eine Ressourcenknappheit angeheizt, die soziale Konflikte schürt.

Konflikt mit der Somali-Region Ogaden

Ende November 2015 kam es in der Region Oromia zu Massendemonstrationen in einigen Städten. Die Proteste haben sich mittlerweile in der ganzen Region, bis ins unmittelbare Umfeld der Hauptstadt Addis Abeba, ausgeweitet. Abgesehen davon kommt es vor allem in den Randgebieten des Landes immer wieder zu Unruhen. In der Somali Region (Ogaden) im Osten, führt die äthiopische Armee bewaffnete Einsätze gegen Mitglieder der ONLF durch. Der bewaffnete Konflikt zwischen dem äthiopischen Staat und der überwiegend von Somali bewohnten Region Ogaden besteht seit über fünf Jahrzehnten. Gehörte die Region seit Ende des 19. Jahrhunderts zum heutigen Äthiopien, so verschob sich insbesondere mit dem zunehmenden Einfluss europäischer Kolonialmächte ab Beginn des 20. Jahrhunderts die Zugehörigkeit der Ogadenregion: Sowohl der Staat Äthiopien als auch Somalia erhoben Anspruch auf die Region. Die Bewohner:innen von Ogaden sind größtenteils (äthiopische) Somali, die dem Klan der Ogadeni-Darod angehören. Die seit Mitte des 20. Jahrhunderts bestehenden Bestrebungen der Somali, in Äthiopien gemeinsam mit dem Nachbarstaat ein Großsomalien zu errichten führten zu einem bis heute anhaltenden, jahrzehntelangen Widerstand gegen Addis Abeba. Höhepunkt der gewaltsamen

Auseinandersetzungen war der Ogadenkrieg 1977/78. Im Jahr 1993 erreichte die Region die Etablierung des Somali National Regional State (SNRS), der als autonome Region alle somalisprachigen Gebiete des Ogadengebiets umfasst und unter anderem den Gebrauch der Sprache in öffentlichen Einrichtungen sowie die Wahl politischer Vertreter:innen gewähren sollte. Die Erwartungen an die neue Verfassung, die 1995 in Kraft trat, wurden jedoch enttäuscht. So kam es in der Folgezeit erneut zum bewaffneten Aufstand durch die separatistische Gruppierung Ogaden National Liberation Front (ONLF), die sich seit 1991 entwickelt hatte. Diese Miliz verfolgt bis heute das Ziel, die Unabhängigkeit der Ogaden zu erreichen. Seit 2007 nahm die Gewalt zu, beispielsweise in Form von Anschlägen auf Militäreinrichtungen oder Ölförderanlagen. Ab 2011 bezeichnete die Regierung die ONLF als Terrororganisation. 2012 führten die äthiopische Regierung und die ONLF Gespräche in Kenia, die allerdings ohne Ergebnis endeten. Im Oktober 2013 verübte die ONLF eine Reihe von Attentaten auf das äthiopische Militär, bei denen insgesamt 24 Soldat:innen starben. Im Juni 2014 wurden zwei ONLF-Mitglieder in Kenia entführt und an Äthiopien ausgeliefert. Sie saßen dort bis Juni 2015 in Haft. Unter Abiy Ahmed Ali setzte ein Versöhnungs- und Amnestie-Prozess ein, in dessen Zuge die ONLF von der Liste terroristischer Organisationen genommen wurde, woraus jedoch wiederum weitere Spannungen entstanden.

Konflikt mit der Region Oromia

Die Region Oromia ist eine weitere der neun Verwaltungsregionen in Äthiopien. Hier kämpfte die Oromo Liberation Front (OLF) von 1973 bis einschließlich 2018 für die Unabhängigkeit der Oromo, einer ethnischen Gruppe, die sich teils durch den Staat diskriminiert und benachteiligt sieht. Die Oromo stellen mindestens 32 Prozent der Bevölkerung Äthiopiens und sind damit die größte ethnische Gruppe des Landes. Aufgrund der relativ aussichtslosen Lage in Äthiopien selbst, operierte die OLF überwiegend von Eritrea aus. Der OLF wurden Massaker und Terrorakte in Äthiopien, Kenia und Somalia vorgeworfen, die die Bewegung allerdings abstreitet. Zuletzt kam es am 23. Juni 2018 zu einem Anschlag der OLF in Addis Abeba, bei dem zwei Tote und über 150 Verletzte zu beklagen waren. Im August 2018 endete der Konflikt offiziell mit einem Friedensschluss zwischen OLF und der äthiopischen Regierung. Im Jahr 2021 ging die Oromo Liberation Army (OLA), der bewaffnete Arm der OLF ein Bündnis mit der TPLF ein und unterstützte deren Offensive auf die Hauptstadt Addis Abeba, wodurch der Konflikt eine Aktualität gewann.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Äthiopien liegt im Osten Afrikas und wird von sechs Nachbarstaaten umschlossen. Im Norden grenzt es an Eritrea, im Westen an den Sudan und Südsudan, im Süden an Kenia und im Osten an Somalia und Djibouti. Seit der Unabhängigkeit Eritreas (1993) verfügt Äthiopien nicht mehr über einen Zugang zum Roten Meer.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation am Horn von Afrika ist seit Jahren von Krieg und Konflikt gekennzeichnet. Dabei sind insbesondere die Sicherheitslage in Somalia, die politischen

Entwicklungen im Sudan und Südsudan sowie die angespannten Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea entscheidende Ursachen. Letztere entspannten sich jedoch mit dem historischen Friedensschluss zwischen beiden Ländern im Jahr 2018.

Äthiopien galt lange auf Grund seiner strategisch wichtigen Lage als Sicherheitspartner der USA sowie als Bollwerk und Schlüsselakteur im Kampf gegen den regionalen und internationalen Terrorismus. International wird die Regionalmacht überwiegend als Stabilitätsfaktor und Konfliktschlichter gesehen. Die Nachbarstaaten hingegen nehmen die Politik Addis Abebas eher als bedrohlich wahr, weil das Land vielfach mit eigenen Interessen an Konflikten beteiligt ist. Mit den steigenden internen Spannungen und der Eskalation des Tigray-Konfliktes ändert sich diese Situation jedoch allmählich.

Das Nachbarland Somalia ist in verschiedene Machtbereiche zerfallen und gilt seit über zwanzig Jahren als gescheiterter Staat. In den vergangenen Jahren prägten die Situation dort insbesondere der starke Anstieg der Piraterie im Golf von Aden und im Indischen Ozean, der Einfluss radikal-islamistischer Kräfte sowie die wiederkehrenden Hungerskatastrophen. Seit August 2012 hat Somalia wieder eine „permanente“ Regierung in Mogadischu, die von westlichen und afrikanischen Staaten, unter anderem auch Äthiopien, im Kampf gegen die al-Shabaab-Milizen unterstützt wird. Der anfängliche Optimismus über die Regierung unter Präsident Hassan Sheikh Mahamoud hielt nur bis Mitte 2013 an. Spätestens seitdem wurde sichtbar, dass es der Regierung nicht gelingen wird, die Sicherheitslage in Mogadischu zu verbessern. Die Terrororganisation al-Shabaab kontrolliert trotz einer erheblichen Ausweitung und personellen Verstärkung der AU-Mission in Somalia (AMISOM) weiterhin Gebiete im Süden sowie im Umland der Stadt. Durch seine militärischen Erfolge verfügt al-Shabaab schätzungsweise noch über 3000 bis 7000 Kämpfer:innen. Mittlerweile konzentriert sich die Organisation auf komplexe Terroranschläge sowohl in Somalia als auch zunehmend im Ausland. Im Februar 2012 gab sie offiziell den Beitritt zum Netzwerk der al-Qaida bekannt. Im November 2015 verübte sie einen schweren Anschlag auf ein Hotel in Mogadischu. Dabei kamen rund 15 Menschen ums Leben. Ähnliche Anschläge auf Hotels ereigneten sich erneute in den Jahren 2017, 2020 und 2021.

Auch in dem seit 2011 unabhängigen Südsudan ist die Lage weiterhin angespannt und ein Frieden in weite Ferne gerückt. Unstimmigkeiten in der regierenden Partei SPLM führten im Dezember 2013 zu einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt innerhalb der staatlichen Sudan People's Liberation Army (SPLA). Bis heute halten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der auf Seiten der Regierung von Präsident Salva Kiir agierenden SPLA und der Sudan People's Liberation Army in Opposition (SPLA-IO) auf Seiten des ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar an. An der Grenze zwischen Sudan und Südsudan kämpfen beide Staaten mit militärischen Mitteln um das ölreiche Gebiet Abyei, dessen Zugehörigkeit umstritten bleibt. Ein für Januar 2011 geplantes Referendum über den Status der Region wurde nicht durchgeführt.

Im Sudan kam es im September 2014 in der Hauptstadt Khartum zu teils gewaltsamen Demonstrationen. Seit 2012 protestieren Menschen dort gegen staatliche Repression, Preissteigerungen und Sparmaßnahmen der Regierung und werden von den Sicherheitskräften gewaltsam unterdrückt. In 2019 kam es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden in Khartum, bei denen mehr als 30 Menschen ums Leben kamen. Die Demonstrationen waren bereits im Dezember 2018 ausgebrochen. Auch die Region Darfur kommt nicht zur Ruhe, hier herrschen

weiterhin militärische Auseinandersetzungen und Bandit:innen treiben ihr Unwesen. Beide Konflikte stellen für Äthiopien eine große Bedrohung dar: So agiert die islamistische Terrororganisation al-Shabaab im Kontext fehlender staatlicher Strukturen vor Äthiopiens Grenzen, verübt zunehmend Anschläge in der Region und droht Äthiopien wegen der Entsendung von Soldat:innen nach Somalia sowie der Kooperation mit der Zentralregierung in Mogadischu und internationalen Akteuren mit Vergeltung. Der Konflikt im Südsudan wirkt sich insofern auf Äthiopien aus, als die Grenze zwischen Gambella und Jonglei als porös gilt und ein Übergreifen der Gewalt nicht auszuschließen ist. Äthiopien engagiert sich seit Jahren als Vermittler zwischen Sudan und Südsudan.

Weiter verkompliziert wird die Lage durch über 253.000 Geflüchtete aus dem Südsudan und 36.000 Geflüchtete aus dem Sudan, die infolge der Auseinandersetzungen nach Äthiopien kamen. Bei den im Januar 2014 in Addis Abeba begonnen Friedensgesprächen zwischen den südsudanesischen Konfliktparteien engagierte sich das Land; die Gespräche scheiterten jedoch im August 2015, wurden aber 2016 wieder aufgenommen. Es folgte ein Friedensvertrag, der 2018 erneuert wurde. Seit Februar 2020 ist eine Übergangsregierung unter Präsident Salva Kiir im Amt und die äthiopische Bundespolizei verabschiedete kürzlich ein Memorandum of Understanding, in welcher sie die Zusammenarbeit mit der süd-sudanesischen Polizei bekräftigt. Seit 2011 war die United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS) im Land aktiv, um den brüchigen Frieden zu sichern und Zivilist:innen zu schützen. Die Mission

Grenzkonflikte

Nach einem dreißigjährigen Unabhängigkeitskampf zwischen Eritrea und Äthiopien entstand 1993 der eigenständige Staat Eritrea. 1998 mündete dieser in einem erneuten, bis zum Jahr 2000 anhaltenden Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea. Der Internationale Gerichtshof entschied 2002 im Grenzkonflikt zugunsten Eritreas, indem er Eritrea den Ort Badme zusprach. Äthiopien erkennt das Urteil jedoch bis heute nicht an. Immer wieder gab es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen äthiopischen und eritreischen Akteuren. Schließlich kam es 2018 zum Friedenvertrag zwischen Eritrea und Äthiopien, in dessen Zuge Äthiopien die Stadt Badme an Eritrea abtrat, diplomatische Beziehungen zwischen den Ländern aufgenommen wurden und die gemeinsame Grenze geöffnet wurde.

Zwischen den elf Anrainerstaaten des Nilbeckens (Ägypten, Äthiopien, Burundi, Eritrea, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Sudan, Südsudan, Tansania, Uganda) herrscht aufgrund des steigenden Wasser-, Nahrungs-, und Energiebedarfs ein Streit um Zugang und Aufteilung der Wasservorräte des Flusses. Insbesondere zwischen Äthiopien und Ägypten schwelte ein Konflikt, da die äthiopische Regierung den Bau eines Riesenstaudamms (GERD) vorantrieb, durch den sich Ägypten in seiner Existenz bedroht sah. Zwei Jahre lang hatte Sudan zwischen Ägypten und Äthiopien vermittelt, bis Kairo einsah, dass der in Äthiopien geplante Renaissance-Staudamm am Blauen Nil mehr Nutzen bringt als Schaden. Aufgrund der Vermutung, Ägypten würde Parteien im Tigray-Konflikt unterstützen, lodert jedoch auch der Streit um den GERD wieder auf. Der Konflikt um das gewaltige Großprojekt entflammt aber regelmäßig aufs neue, denn er wird den Blauen Nil auf knapp zwei Kilometer Länge aufstauen – die Turbinen in den Staumauern sollen bis zu 6.000 Megawatt Strom liefern. Im März 2015 haben sich die Präsidenten Ägyptens,

Äthiopiens und Sudans auf die "Khartum-Erklärung" zu den Prinzipien der Kooperation am Blauen Nil verständigt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Äthiopien befinden sich derzeit keine alliierten Militäreinheiten, von 2011 bis Januar 2016 befanden sich allerdings einige MQ-9 Reaper Drohnen der US-Armee auf äthiopischem Territorium, die im Rahmen der regionalen Kooperation gegen die somalische Terrormiliz al-Shabaab eingesetzt wurden. Anfang 2016 wurden diese Drohnen-Operationen jedoch eingestellt, auf Bitte der äthiopischen Regierung. Expert:innen zufolge könnte die plötzliche Schließung der Basis in Arba Minch ein Resultat politischer Uneinigkeit zwischen den USA und Äthiopien sein.

In Äthiopiens Nachbarschaft sind AU- und UN-Truppen in Sudan (UNAMID/UNISFA), Südsudan (UNMISS) und Somalia (AMISOM) stationiert. Die African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur (UNAMID) wurde durch militärisches und polizeiliches Personal aus zahlreichen Staaten weltweit unterstützt. So waren neben den afrikanischen Staaten Ägypten, Äthiopien, Burkina Faso, Burundi, Gambia, Ghana, Kenia, Lesotho, Mali, Namibia, Nigeria, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Südafrika, Togo, Tansania, Sambia und Simbabwe auch Bangladesch, Bolivien, China, Ecuador, Indonesien, Iran, Kambodscha, Kirgisistan, Malaysia, die Mongolei, Nepal, Pakistan, Palau, Peru, Südkorea, Thailand, Jemen und Jordanien mit militärischem Personal vertreten. Rein polizeiliches Personal stellen neben diesen Staaten auch Kamerun, die Republik Fidschi, Jamaika, Madagaskar, Malawi, Tadschikistan, Tunesien sowie die Türkei. Auch Deutschland unterstützte als einziger europäischer Staat, bis zu ihrem Ende im Dezember 2020, die Mission. Auch an der zivilen Nachfolgemission UNITAMS beteiligt sich Deutschland.

Im Sudan sowie dem heutigen Südsudan ist zudem die UN Interim Security Force for Abyei (UNISFA) mit etwas über 4.000 Personen aktiv, die aus Afrika, Asien und Südamerika entsandt wurden.

Im Rahmen der African Union Mission in Somalia (AMISOM) sind neben äthiopischen Soldat:innen größtenteils Truppen aus Uganda, Burundi, Djibouti, Kenia und Sierra Leone im Einsatz.

Gefahr von Technologiepiraterie

Zu Äthiopien liegen keine Informationen vor.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 12

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Nicht beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Äthiopien ist dem aktuellsten Antiterrorismusabkommen, der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007, bislang nicht beigetreten. Auch zwei Konventionen von 1987 und 1998 hat Äthiopien nicht unterzeichnet, während das Land allen weiteren Abkommen angehört. Äthiopien fürchtet aufgrund zahlreicher Aktivitäten terroristischer Islamist:innen in Somalia einen Übergriff des Terrors auf das eigene Land. Der Hass der Islamist:innen begründet sich auch durch die Beteiligung Äthiopiens an der Friedensmission in Somalia. Dort ist seit langem unter anderem die radikal-islamische Bewegung al-Schabaab aktiv. Nur einen Monat nach dem Anschlag auf das Westgate-Einkaufszentrum im Nachbarstaat Kenia im September 2013 konnte ein Bombenanschlag in Addis Abeba verhindert werden. Im Juni 2014 gab das äthiopische Staatsfernsehen die Festnahme eines von al-Shabaab angeworbenen Terroristen, der Anschläge im Lande geplant haben soll, bekannt. Doch schon im Juli und im November 2015 kam es zu weiteren Terroranschlägen: Die al-Shabaab Miliz bekannte sich zu zwei Attentaten auf ein Hotel in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen. Zudem ist die somalische Terrororganisation al-Ittihad al Islamiyya (AIAI) in der Region aktiv. Die Angst des Staates vor Terrorismus ging mit einer zunehmenden Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung im eigenen Land einher, die starke soziale Spannungen produzierte. Mitglieder der muslimischen Glaubensgemeinschaft, die etwa 34 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, gerieten immer wieder unter Generalverdacht, radikalen Strömungen anzugehören und Äthiopien in einen islamischen Staat verwandeln zu wollen. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu

Kundgebungen der muslimischen Gemeinschaft, auf denen sie gegen die Einmischung der Regierung in religiöse Angelegenheiten protestierten. Mittlerweile hat sich diese Befürchtung jedoch normalisiert; derzeit besteht fast die Hälfte des Kabinetts aus muslimischen Personen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 13

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Äthiopien ist der internationalen Konvention zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität sowie den zugehörigen Zusatzprotokollen beigetreten. Dies ist besonders bedeutend vor dem Hintergrund, dass Äthiopien, wie der gesamte ostafrikanische Raum, erheblich von dem Problem der transnationalen organisierten Kriminalität betroffen ist, insbesondere in Hinblick auf Menschenhandel. Laut Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) sind von 2009 bis 2013 zwischen 25.000 und 30.000 Menschen aus Äthiopien von Schlepper:innen vom afrikanischen Kontinent über den Golf von Aden bzw. das Rote Meer beispielsweise in den Jemen befördert worden, um von dort aus unter anderem nach Saudi-Arabien und Israel, teilweise auch nach Europa, zu gelangen. Eine Vielzahl dieser gerät dabei allerdings regelmäßig in die Hände von Kriminellen, die sie gefangen halten und misshandeln (Schläge, Vergewaltigung) und von den Angehörigen der Opfer hohe Summen erpressen wollen. Seit den 1980er Jahren stellt zudem der Heroinschmuggel eine große Herausforderung für Ostafrika dar, das sowohl als Empfänger- als auch als Transitregion für Ladungen aus Zentralasien nach West- und Südafrika gilt. In den vergangenen Jahren scheint sich dieser Bereich der organisierten Kriminalität abermals ausgeweitet zu haben. Auch der Elfenbeinhandel sowie die Piraterie vor den Ufern Somalias stellt die Region vor Probleme.

Tabelle 14

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Äthiopien übermittelt weder im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten, noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Ein „National Report on the implementation of the Programme of Action on small arms and light weapons (PoA) and the International Tracing Instrument (ITI)“ wurde jedoch eingereicht. Diesem Report folgend befinden sich entsprechende Richtlinien derzeit in Bearbeitung.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Äthiopien verfügt über Gesetze, die die Produktion sowie Ein- und Ausfuhr von Waffen regulieren. Das Land ist zudem Mitglied des „Nairobi Protocol for Prevention, Control in Reduction of Small Arms and Light Weapons in the Great Lakes Region and the Horn of Africa“ und hat dadurch zahlreiche Klein- und Leichtwaffen zerstört sowie eine Reihe von Personen festgenommen, die versucht haben, illegal Waffen auszuführen. Über die Anwendung der Gesetze in der Praxis ist nur wenig bekannt, die im März 2020 verabschiedete Firearms Proclamation fand jedoch bereits mehrfache Anwendung. Diese untersagt bspw. den Besitz von mehr als einer Waffe pro Person, die Herstellung und den Weiterverkauf und sieht entsprechende Gefängnisstrafen vor.

Unzureichende Markierungsstandards können den illegalen Export, besonders von Klein- und Leichtwaffen, nicht verhindern. Trotz der auf dem Papier existierenden guten Standards ist die illegale Verbreitung von Waffen in Äthiopien und den Grenzregionen ein großes Problem. Die Nachrichtenlage ist generell unzureichend, nur wenige Informationen dringen nach außen.

Es ist allerdings anzunehmen, dass Waffen zwischen Sudan und Äthiopien sowie zwischen Äthiopien und Eritrea geschmuggelt werden. Zudem gab es in der Vergangenheit mehrere Fälle, in denen Klein- und Leichtwaffen (SALW) über die Grenze mit Sudan ins Land gebracht wurden. Im Dezember 2007 vernichtete Äthiopien rund 13.000 SALW. 2006 klagten 83 somalische Anwält:innen im Exil Äthiopien an, paramilitärische Gruppen

in Somalia illegal mit Waffen zu versorgen und dadurch ein 13-Jahre altes UN-Embargo zu verletzen. Das Parlament dementierte diesen Vorwurf.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

With regard to economic transformation, Ethiopia also made visible progress – in continuity with the ambitious aims of the previous government to make Ethiopia a “middle-income country” by 2025, according to World Bank terminology. The government focused on investments in infrastructure (railways, roads, and energy generation by dams) and accelerated the establishment of industries in the fields of agriculture (flowers, coffee, fruits) and textiles. Thousands of jobs are in the making. The government pays very low wages to industry workers. According to the USA-based Center for Global Development, the annual salary of an Ethiopian industry worker averages out at \$900, compared to \$1,776 in Tanzania and to \$2,118 in Kenya. Thus, several textile companies have transferred some of their production sites from low-cost Asian countries to Ethiopia. Endemic corruption in government companies has reduced the rate of industrial production. In November 2018, the new government arrested senior officials from the intelligence services and the Metals and Engineering Corporation (METEC), a wayward military enterprise. Its former Director-General, Major General Kinfe Dagneu, was accused of a host of failures, mismanagement, and crimes, including making irregular procurements over six years, worth \$1.3 billion, without competitive tenders. One third of the population is still destitute, and around five million people living in arid and semi-arid areas depend on foreign food aid. Land-grabbing activities, encouraged and promoted by the government, has caused the displacement of scores of peasants and nomads.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 15

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

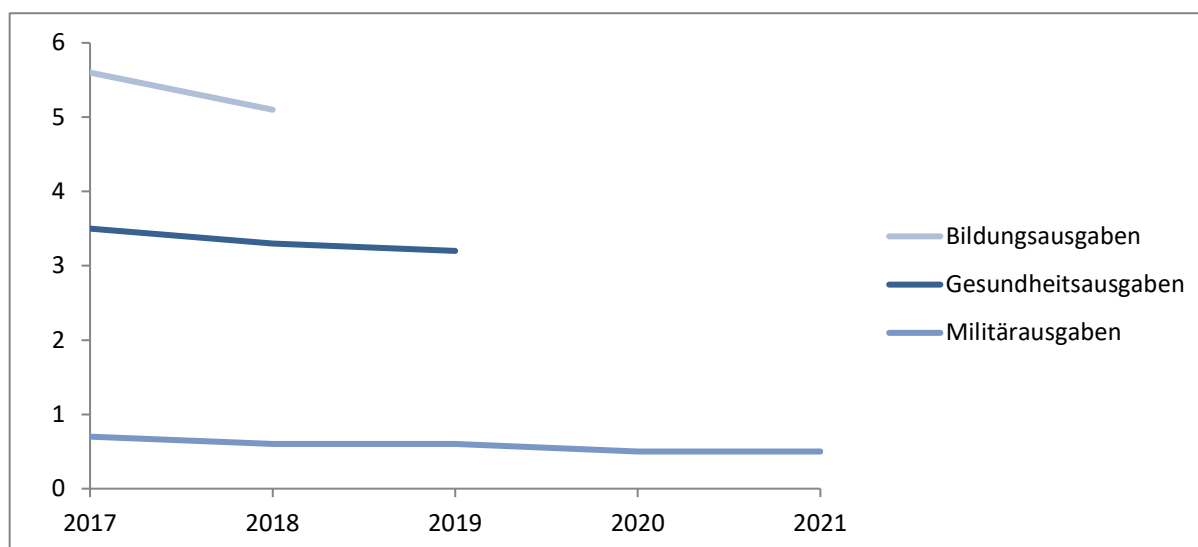
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	562	566	537	504	488
Militärausgaben/BIP	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Gesundheitsausgaben/BIP	3,5	3,3	3,2	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,6	5,1	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung (HIPC-Status)	23396	26170	27842	28375	30364
Anteil am BIP (in Prozent)	32,4	34,1	34,7	30,6	31,4
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	2139,79	2273,41	2038,84	2159,75	-
Net ODA (% of GNI)*	2,77	2,71	2,46	2,26	-
Deutsche ODA Zahlungen*	141,06	141,71	169,74	141,63	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019). HIPC – Heavily Indebted Poor Countries. Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 17

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	93,7	91,7	122,6	118,8	110,4
Index-Platzierung	140	139	118	119	127

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Dschibuti	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Eritrea	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Kenia	Militarisierungswert	121,3	119,3	119,9	115,1	111,9
	Index-Platzierung	123	123	119	125	125
Somalia	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Sudan	Militarisierungswert	243,2	251,6	207,8	201,6	178,4
	Index-Platzierung	39	31	51	58	74
Südsudan	Militarisierungswert	245	185	228,3	225,4	224,7
	Index-Platzierung	38	66	37	39	44

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 19

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Djibouti	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Eritrea	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Kenia	Militärausgaben (absolut)	1145	1174	1127	1115	1022
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,3	1,2	1,1	1,1
Somalia	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Sudan	Militärausgaben (absolut)	3320	1692	1530	934	890
	Militärausgaben/BIP	3,5	1,8	1,6	1,1	1,0
Südsudan	Militärausgaben (absolut)	226	318	195	129	141
	Militärausgaben/BIP	2,4	3,6	3,6	2,6	2,4

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.462	0.467	0.474	0.478	0.485

Quelle: <http://hdr.undp.org/en/indicators/137506>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Seit 1991 führte Äthiopien tiefgreifende Strukturreformen durch und stellte von einer Planwirtschaft auf eine offene Wirtschaftsform um. Die Preisfreigabe und der Aufbau von Privatunternehmen brachten spürbare Verbesserungen für die Bevölkerung. Allerdings bestehen bis heute staatlichen Monopolunternehmen und das Verbot von Landbesitz, sodass Politik und Bürokratie noch immer einen beträchtlichen Einfluss auf die Wirtschaft ausüben. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf Einkommen von 850 US-Dollar gilt

Äthiopien immer noch als Low Income Country (LIC) und als eines der ärmsten Länder Afrikas. Nichtsdestotrotz erlebte Äthiopiens Wirtschaft von 2010/11 bis 2019/20 mit jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich 9,4 Prozent einen starken Aufschwung. Verantwortlich für diesen Zuwachs waren vor allem der Bau- und der Dienstleistungssektor, welche im Vergleich zur Landwirtschaft an Bedeutung gewannen. Das höhere Wirtschaftswachstum trug auch zu einem positiven Trend bei der Armutsminderung bei. Zwischen 2011 und 2016 reduzierte sich der Anteil unter der nationalen Armutsgrenze von 30 auf 24 Prozent. Dennoch stellen ein rasantes Bevölkerungswachstum, wiederkehrende Dürreperioden, die zunehmende Bodenerosion sowie ein ausgeprägter Ressourcenmangel ständige Belastungsfaktoren für die äthiopische Wirtschaft und Gesellschaft dar. Diese sind umso einschneidender, als derzeit immer noch rund 65 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiten.

Äthiopiens Wirtschaft leidet unter hohen Leistungs- und Handelsbilanzdefiziten und ist erheblich von Importen (Nahrungsmittel, Maschinen, Kraftfahrzeuge) abhängig. Das Land exportiert weitaus weniger als es importiert. Von 2010 bis 2015 verfolgte Äthiopien deshalb den Growth and Transformation Plan (GTP), dessen Leitlinien den Ausbau der verarbeitenden Industrie, der landwirtschaftlichen Industrialisierung sowie die Exportorientierung vorsahen. Exportgewinne wurden vor allem durch den Verkauf von Kaffee, Gemüse, Ölsaaten, Blumen und Vieh erzielt. In den Jahren 2013 und 2014 sind die Exportgewinne des Landes erstmals seit vielen Jahren zurückgegangen. Bis 2020 setzte die Regierung die Phase II des GTP um, welcher vor allem die Infrastruktur stärken sollte und bis 2030 gilt ein neuer 10-Jahresplan, der das enorme Wachstum erhalten, gleichzeitig aber verstärkt auf den Privatsektor zielen soll.

Langfristiges Ziel der Regierung ist es, bis 2025 den Status eines „lower-middle income countries“ zu erreichen. Angesichts des aktuellen Bürgerkrieges, seinen gewaltigen humanitären Folgen, sowie den Auswirkungen der Corona-Pandemie scheint dies jedoch ein sehr ehrgeiziges Ziel zu sein.